



Für Smartwielen braucht man – zum Glück – keine Virtual Reality-Brille, um sich anzusehen, welche*r Kandidat*in am besten zu den eigenen politischen Anschauungen passt.

SMARTWIELEN.LU

Holprige Hilfestellung

Joël Adami

Das Online-Werkzeug Smartwielen.lu ist gut gemeint, aber schlecht umgesetzt. Wähler*innen bleiben mit vielen Fragezeichen zurück.

Schon seit den Nationalwahlen 2018 stellen das Zentrum für politisches Bildung und die Universität Luxemburg Smartwielen.lu zur Verfügung. Mit einem Fragebogen von insgesamt 38 Fragen kann jede*r sich ein persönliches „Matching“ für die kommende EU-Wahl am 9. Juni erstellen lassen. Die Wortwahl erinnert ein wenig an Online-Dating und ein wenig so wirkt es auch, wenn man die sechs Kandidat*innen präsentiert bekommt, die die höchste Übereinstimmung mit den eigenen politischen Ansichten haben sollen.

Damit das klappt, muss man allerdings die Fragen verstehen. Das ist gar nicht so einfach, denn viele der Thesen sind kompliziert formuliert, manche enthalten eine Verneinung, sodass nicht immer klar ist, was man will, wenn man „ja“ oder „nein“ auswählt. Das merkt man auch daran, dass bei einigen Fragen zwar viele Parteien „nein“ ausgewählt haben, in ihrer Begründung jedoch zum Teil völlig unterschiedlich argumentieren. Damit wird das System ad absurdum geführt und die Resultate sind damit völlig nichtssagend.

Eigentlich gibt es zu jeder Frage einen Erklärungstext, der ist jedoch nicht immer sehr fundiert: Bei der Fra-

ge um einen dritten Geschlechtseintrag werden ausschließlich intergeschlechtliche Menschen angeführt – der Fakt, dass zum Beispiel auch nicht-binäre Personen weder männlich noch weiblich im Pass stehen haben möchten, wird überhaupt nicht erwähnt. Eine andere Frage beschäftigt sich mit der Einstufung von Kernkraft als „nachhaltige“ Investition, aber statt zu erklären, was es mit der Taxonomie auf sich hat, schreibt Smartwielen von einem ominösen „grünen Label“. Wie soll politische Bildung funktionieren, wenn mit solch verkürzten Erklärungen gearbeitet wird?

Wie soll politische Bildung funktionieren, wenn mit verkürzten Erklärungen gearbeitet wird?

Zusätzlich zu den Kandidat*innen, deren Meinung am meisten mit der eigenen übereinstimmt, werden den Smartwielen-Nutzer*innen eine „Smartspider“ und eine „Smartmap“ angezeigt. Ersteres zeigt eine Einordnung auf sechs Achsen, letztere benutzt ein klassisches Links-Rechts-Schema und die Achse „Mehr oder weniger europäische Integration“. Die Dokumentation von Smartwielen zeigt allerdings, dass die Zuordnungen zu links-rechts zum Teil eher willkürlich

passiert ist. So soll das Eintreten für oder gegen Geschlechterquoten auf Wahllisten „neutral“ sein. Praktisch für die CSV: Sie kann gegen Frauenquoten sein, ohne dadurch weiter rechts auf der „Smartmap“ zu landen. Auch die ADR profitiert davon und kann behaupten, alle anderen Parteien seien „links“. Es gibt noch mehr absurde Beispiele: Den Anbau von mehr GMO erlauben, heißt laut Smartwielen rechts zu sein, doch Kernkraft als nachhaltig bezeichnen ist neutral. Welche Argumente wie in aktuellen politischen Diskursen benutzt werden, scheint nicht in die Bewertung geflossen zu sein.

Bei all diesen Einordnungen handelt es sich natürlich um Vereinfachungen, die nicht komplett akkurat sein können. Doch gemeinsam mit der fragwürdigen Auswahl und Einordnung der Fragen ergibt sich ein konfuse Bild, das für mehr Verwirrung als Klarheit sorgt, insbesondere wenn die Antworten einzelner Kandidat*innen einer Partei sehr weit auseinanderliegen. Für die nächsten Wahlen sollte man sich ein anderes, smarteres System ausdenken. Bis dahin bleibt Wähler*innen nur übrig, sich umfassend über die Programme und Positionen der Parteien zu informieren. Das geht zum Teil mit Smartwielen, mit der Lektüre fundierter journalistischer Arbeit jedoch noch besser.

NEWS

EU-Pestizidexporte: Gift für die Welt **S. 3**

REGARDS

Élections européennes : Le social, parent pauvre de l'UE **p. 4**

Élections européennes : Ce qu'en disent les partis luxembourgeois **p. 5**

Rechte von Trans Menschen: „Ich dachte, das sei Konsens“ **S. 6**

Der letzte linke Kleingärtner: Vom Jagen und Ausschleimen **S. 9**

Zum Tod von Paul Auster: Roman eines Abschieds **S. 10**

Regierungsbildung in den Niederlanden: Wolf im Wolfspelz **S. 12**

AGENDA

Wat ass lass? **S. 14**

Expo **S. 17**

Kino **S. 18**

Coverfoto: Marquise/Unsplash



Im Mai gestaltet die Künstlerin Viktoria Madenovski die Rückseiten der woxx. Das Interview zur Serie: woxx.eu/mladenovski

AKTUELL

EU-PESTIZIDEXPORTE

Gift für die Welt

Joël Adami

Obwohl es anderslautende Versprechen gab, exportieren EU-Mitgliedsstaaten immer noch gefährliche Pestizide in Länder des globalen Südens. Eine NGO prangert dies an.

Die Industrie der EU liegt danieder und exportiert kaum noch? In einem Bereich stimmt diese Darstellung auf jeden Fall nicht: Bei Pestiziden ist die EU Exportweltmeisterin. Das hat schwerwiegende Folgen, denn laut Schätzungen soll es jährlich zu 385 Millionen Fällen akuter Vergiftungen durch Pestizide kommen, die aus der EU exportiert wurden. Eine Praxis, der eigentlich längst der Riegel vorge-schoben worden sein sollte: 2020 versprach die Europäische Kommission, Exporte von Pestiziden, die innerhalb der EU aus Gesundheitsgründen verboten sind, zu verbieten. Die Kommission wollte dies im Rahmen ihrer „Chemikalienstrategie für Nachhaltigkeit“ (siehe woxx 1596) umsetzen und somit für Kohärenz sorgen. Im November 2022 erinnerten 300 Organisationen aus der ganzen Welt die Kommission an ihr Versprechen und mahnten, doch endlich entsprechende Gesetzesvorschläge zu erlassen. Im Oktober 2023 nahm der Umweltausschuss des Europäischen Parlaments eine entsprechende Resolution an. Passiert ist jedoch nichts.

Aktuell gilt immer noch die sogenannte „Prior Informed Consent“-Verordnung (PIC), die seit 2014 in Kraft ist. Sie ermöglicht es, gefährliche Chemikalien zu produzieren und in Drittländer zu exportieren. Darunter sind auch Pestizide, die in der EU als zu gefährlich für die menschliche Gesundheit oder die Umwelt gelten.

Schlechte Argumente

Am vergangenen Dienstag veröffentlichte die Nichtregierungsorganisation Corporate Europe Observatory (CEO) einen Bericht mit dem Titel „Deadly Exports“. Darin nennt die NGO Exportzahlen aus 2018: Insgesamt 41 verschiedene, in der EU verbotene Pestizide seien weiterhin exportiert worden, von Firmen wie Syngenta, Corteva, Bayer und BASF. Die Daten der EU-Chemiebehörde Echa zeigen, dass dies weiterhin Praxis ist: Auch 2022 wurden beispielsweise über 3.400 Tonnen des Herbizids Atochlor und über 6.300 Tonnen des Fungizids Picoxystrobin exportiert.

In ihrem Bericht analysiert die NGO die wichtigsten Argumente, welche von Chemiekonzernen vorgebracht werden, um sich gegen ein Verbot von Exporten zu stellen. Die In-

dustrie behauptet beispielsweise, ein Exportverbot ginge mit einem großen Abbau von Arbeitsplätzen einher. Im April 2024 veröffentlichte das Pesticide Action Network (Pan) eine Studie, die zeigt, dass kaum Arbeitsplätze verloren gehen würden. Erfahrungen aus Frankreich, das 2022 ein Exportverbot einführte, würden zeigen, dass dort überhaupt keine Stellen abgebaut worden seien. Hochgerechnet auf die gesamte EU geht das Pan davon aus, dass 25 Jobs betroffen wären.

Ein weiteres Argument, das die Industrie laut CEO immer wieder vorbrachte, sei die Notwendigkeit, gefährliche Chemikalien nicht nur in der EU, sondern weltweit zu reglementieren, zum Beispiel durch die Rotterdam-Konvention. Doch die internationalen Verfahren brauchen sehr lange. Ein Beispiel hierfür ist das hochgiftige, Parkinson verursachende Herbizid Paraquat. Es wurde bereits in den 1980er-Jahren in Schweden und Finnland verboten, in den 1990er-Jahren in anderen europäischen Ländern und 2007 in der gesamten EU. In Brasilien ist es jedoch erst seit 2021 verboten. Auch wenn die Chemikalie nun auf der Agenda der Rotterdam-Konvention steht, wurde noch keine endgültige Entscheidung gefällt. Das CEO hält die Argumentation, man müsse gefährliche Pestizide international verbieten, lediglich für den Versuch, EU-Regeln zu verlangsamen.

Auch die Idee, die Landwirtschaft im globalen Süden sei auf Pestizide angewiesen, greift die NGO an: Es gebe keine Beweise, dass Exportverbote Landwirt*innen in Drittländern schaden. Es sei stattdessen viel besser, eine Landwirtschaft aufzubauen, die auf wenig oder gar keine Pestizide angewiesen sei. Da diese Firmen großen Einfluss auf die Kommission hätten, würden solche Mythen immer wieder als Vorwand genutzt, um Exportverbote nicht durchzusetzen, meint Hans Van Scharen, Campaigner bei CEO in einer Pressemitteilung: „Solange diese Unternehmen und ihre Lobbyisten privilegierten Zugang zu Regierungen und EU-Institutionen haben, werden sie weiterhin ihren Profit über die Gesundheit und den Erhalt der Artenvielfalt stellen. Ihre Argumente sind lächerlich, doch die Vereinnahmung der EU-Politik durch die Unternehmen hält Europas Komplizenschaft mit diesem tödlichen Handel aufrecht. Wir brauchen eine giftfreie Politik, um den Schaden, der überall auf der Welt angerichtet wurde, zu beheben.“

SHORT NEWS

Course aux armements

(fg) – C’est la valse des chiffres et elle aiguise les appétits : 600 millions d’euros pour le budget de la défense en 2024, plus d’un milliard en 2028 ; 2,6 milliards d’euros de dépenses prévus sur 30 ans pour l’équipement de la composante luxembourgeoise du bataillon binational belgo-luxembourgeois ; 137 millions d’euros pour la modernisation de la caserne de Diekirch, etc. Entre l’objectif de porter les dépenses de défense à 2 % du revenu national brut dans le cadre de l’Otan et l’ambition de construire une « économie de guerre » européenne, le Luxembourg entre de plain-pied dans la course aux armements. Les dépenses militaires augmentent en flèche partout dans le monde et il s’agit de ne pas rater le coche. C’est du moins ce que pense le député CSV Alex Donnersbach, estimant qu’il « serait judicieux de réfléchir à la manière dont les futurs investissements dans la défense pourraient davantage profiter à l’économie luxembourgeoise ». Dans une question parlementaire, l’élu chrétien-social suggère la création de « zones d’activités spécifiques » destinées aux entreprises de la défense. La question du développement d’une industrie nationale de l’armement agite également les milieux patronaux dont les représentants ont attiré, ces derniers mois, l’attention sur cette opportunité de « diversifier » l’économie locale. Et peut-être aussi, d’engranger de juteux profits au passage.

Vlaams Belang doch rechtsradikal

(tf) – Kein Journalist werde der Nachweis gelingen, dass der „Vlaams Belang“ (VB) auch heutzutage noch rechtsradikal sei. Das hatte Georges-Louis Bouchez, Parteivorsitzender der belgischen liberal-konservativen Partei „Mouvement réformateur“, vergangenen Monat gegenüber der Zeitung „Le Soir“ gesagt. Nun hat sich im Auftrag des Blatts ein Forscher der Universität Liège daran versucht. Der Politikwissenschaftler François Debras bescheinigt dem VB nach Durchsicht von dessen Wahlprogramm, alle wesentlichen Elemente rechtsextremer Rhetorik zu bedienen. Im Belgien wird am 9. Juni sowohl für das Europaparlament als auch für das Föderal- sowie die Regionalparlamente gewählt. Dem VB werden in Flandern bis zu 30 Prozent der Stimmen fürs gesamtbelgische Parlament prognostiziert. Damit käme man landesweit auf über 15 Prozent und hätte somit die meisten Sitze. Bisher gilt in Belgien das Prinzip des „Cordon sanitaire“, eine Selbstverpflichtung aller übrigen Parteien, keine Regierungskoalition mit den extremen Rechten zu bilden. Im Europaparlament gehört der VB zur Fraktion „Identität und Demokratie“, dem neben dem französischen „Rassemblement National“ (RN) auch die „Alternative für Deutschland“ (AfD) angehört. Der RN hat am Dienstag allerdings mit der AfD gebrochen, nachdem deren Spitzenkandidat für die Europawahl, Maximilian Krah, mit relativierenden Äußerungen über die nationalsozialistische SS an die Öffentlichkeit getreten war. Ob die AfD nun aus der Fraktion fliegt, liegt auch in der Verantwortung des VB.

Sandkiste für KI

(ja) – Die luxemburgische Datenschutzbehörde CNPD hat eine regulatorische „Sandkiste“ für sogenannte künstliche Intelligenz online gestellt. Das teilte die CNPD am Donnerstag mit. Als Sandkiste oder „Sandbox“ werden in der Informatik Systeme genannt, auf denen neuer Code ausprobiert werden kann, ohne Einfluss auf andere Programme zu haben. So ähnlich soll auch die regulatorische Sandkiste der CNPD funktionieren: In einem isolierten digitalen Umfeld können KI-Systeme für einen begrenzten Zeitraum getestet werden, ehe sie auf den Markt kommen. Dabei wird ein besonderes Augenmerk auf den Datenschutz gelegt, da die Systeme mit den europäischen Datenschutzrichtlinien der DSGVO kompatibel sein müssen. Die CNPD will mit ihrem Sandkisten-Programm Akteur*innen aus dem öffentlichen und privaten Sektor zusammenbringen, um gemeinsam Lösungen für Datenschutzprobleme zu erarbeiten. Sogenannte KI-Systeme werfen oft Bedenken auf, was den Schutz der Privatsphäre und personenbezogener Daten angeht. Viele der heute eingesetzten großen Sprachmodelle wie etwa ChatGPT basieren auf statistischen Wahrscheinlichkeiten, die aus großen Datenmengen berechnet werden. Dadurch kommt es häufig zu Fehlern, wenn ein sogenanntes KI-System Aussagen über Personen macht. Durch die Funktionsweise dieser Systeme gibt es meist keine Möglichkeit, nachzuvollziehen, wie diese Falschinformation genau entstanden ist. Die CNPD nimmt ab 14. Juni Anmeldungen für ihre Sandkiste entgegen.